RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

10. Kalenderwoche

Keine Veränderung bei der Geldpolitik der EZB

Im Anschluss an die Notenbanksitzung am Donnerstag in Frankfurt verkündete der EZB-Präsident Mario Draghi, die Ergebnisse dieser Sitzung. So wird der Kurs der expansiven Geldpolitik fortgeführt, da die „sehr günstigen Finanzierungsbedingungen notwendig sind“, so Draghi. Des Weiteren sei die EZB auch dazu bereit, die monatlichen Anleihenkäufe wieder auszuweiten oder zu verlängern, falls sie es für notwendig hält. Wie bereits im Dezember beschlossen, wird der Umfang der monatlichen Anleihenkäufe von April bis Dezember von 80 Milliarden auf 60 Milliarden Euro reduziert. Der Leitzins bleibt bei null Prozent und die Refinanzierungssätze bleiben genauso wie die Einlagefazilität unverändert. So müssen Banken weiterhin Zinsen in Höhe von 0,4 Prozent zahlen, wenn sie Geld bei der EZB einlagern.

Im Vorfeld der Notenbanksitzung berichtet das Handelsblatt, dass neue Daten der EZB einen Anstieg der Einlagen bei der EZB seitens der Banken zeigen. So sollen die Einlagen bei den Banken aus dem Euro-Raum seit dem Zeitpunkt als die Einlagefazilität negativ wurde, um 802 Milliarden Euro angestiegen sein. Zwar hätten die Banken Ausleihungen an Unternehmen außerhalb des Finanzsektors und Verbraucher im Währungsraum um 169 Milliarden zugenommen, zeitgleich wären aber auch die Einlagen der Banken bei der EZB die über die erforderlichen Reserven gehen, um 1,1 Billionen Euro angestiegen. Das eigentliche Ziel der Negativzinsen ist es, die Fremdkapitalkosten zu senken und die Kreditgeschäfte anzukurbeln, dies würde aber nicht überall im Euro-Raum geschehen. In einigen Ländern hätten die Banken die Darlehensvergabe reduziert, da die Banken dort neben einer schwachen Kapitalausstattung auch mit einer hohen Anzahl an notleidenden Krediten zu kämpfen haben.

Zudem gab es im Vorfeld der Notenbanksitzung gehäuft Forderungen von Politikern, einen Einstieg in den Ausstieg der expansiven Geldpolitik zu vollführen, da die Inflationsrate in der Währungsunion dem Zielwert von knapp unter zwei Prozent nahekommt. Mit Blick auf die Inflationsrate verwies Draghi auf die gestiegenen Energiepreise, die vornehmlich für den Anstieg gesorgt hätten. Eine Veränderung des unterliegenden Preisdrucks sei nicht zu erkennen. Zudem sei kein breites Anziehen der Löhne zu erkennen, nur diese können einen sich selbst tragenden Preisanstieg sichern.

Zu der wirtschaftlichen Entwicklung in der Euro-Zone äußerte sich Draghi zuversichtlicher. Die wirtschaftliche Erholung der Währungsunion setze sich fort und die weltwirtschaftlichen Umstände bessern sich. Zudem sei die Beschäftigung und die Profitabilität der Unternehmen in der Währungsunion gestiegen. Auch ein mögliches Deflationsrisiko sei nicht mehr in dem Maße vorhanden, dass man es bekämpfen müsse.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:
06. März bis 12. März

Keine bilateralen Gespräche mit den USA

Dienstag, 07. März – Nach einem Bericht von Reuters lehnt die Bundesregierung den amerikanischen Vorschlag, Gespräche über eine bilaterale Lösung für die Handels-überschüsse, ab. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums sagte, dass die Handelspolitik im Zuständigkeitsbereich der EU liegt. Im vergangenem Jahr hat Deutschland ein Export-überschuss von 49 Milliarden Euro im Handel mit den USA erzielt. Der Wirtschaftsberater des US-Präsidenten Donald Trump, Peter Navarro, teilte mit, dass diese Überschüsse eine „ernste Sache“ und eines der schwierigsten Probleme sei, mit denen sein Land konfrontiert ist.

Industrie steigert Produktion

Mittwoch, 08. März – Wie das Bundeswirtschaftsministerium am Mittwoch mitteilte konnten die Industrieunternehmen ihre Produktion im Januar um 3,7 Prozent steigern, trotz einem Einbruch bei den Bestellungen von 7,4 Prozent im Vergleich zum Dezember. Ökonomen sehen in dem starken Rückgang einen Ausreißer und eine Reaktion auf das starke Plus von 5,2 Prozent im Dezember. Besonders Hersteller von Fahrzeugen und Maschinen verzeichneten mit 6,1 Prozent die höchsten Zuwächse bei der Produktion. In der Baubranche ist die Produktion auch aufgrund des kalten Wetters um 1,3 Prozent zurückgegangen, ebenso mussten die Energieversorger einen Rückgang von 0,7 Prozent hinnehmen.

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

10. Kalenderwoche

Die FAZ berichtet, dass es 2011 bei der letztmaligen Erhöhung des Leitzinses eine nicht unähnliche Situation gegeben habe und im Nachhinein die Entscheidung der EZB den Leitzins zu erhöhen ein Fehler gewesen sei, da die Finanzkrise nicht vollends bewältigt war. Hieraus schließt die FAZ, dass sich die Währungshüter ganz sicher sein wollen, ob sich die Wirtschaft tatsächlich auch nachhaltig besser entwickelt, bevor sie die Leitzinsen anheben.

Hintergrund: Geldpolitik

FAZ: Geldpolitik bleibt expansiv

Handelsblatt: Banken parken Geld lieber bei EZB, als es zu verleihen

US- Arbeitsmarkt

Freitag, 10. März – Der US-Arbeitsmarkt zeigt sich im Februar in guter Verfassung, Unternehmen und der Staat schafften insgesamt 235.000 Stellen und die Erwerbslosenquote ist im Vergleich zum Januar um 0,1 Prozentpunkte auf 4,7 Prozent gesunken. Zudem sorgte die gute Wetterlage dafür, dass insbesondere die Baubranche 58.000 Stellen vergeben konnten. Der Staat schuf 8.000 Stellen und trug somit bei, dass mehr als 100.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, die als nötig gelten, um mit dem Wirtschaftswachstum Schritt zu halten. Die Notenbankchefin, Janet Yellen, hofft, dass sich das Wirtschaftswachstum auf den Gehaltszetteln der Menschen widerspiegelt. Im Februar konnte ein Anstieg der Stundenlöhne im Durchschnitt von 0,2 Prozent verzeichnet werden, nachdem im Januar nur ein Plus von 0,1 Prozent vorlag. In den USA herrscht mit den neuen Arbeitsmarktdaten auch weiterhin eine de-facto Vollbeschäftigung vor, welche für die Notenbank ein wichtiges Ziel ist. Der Ökonom Thomas Gitzel von der VP Bank in Liechtenstein hält eine Zinserhöhung in der kommenden Woche für „praktisch besiegelt“, berichtet das Handelsblatt.

Zahl der Woche:

1,2 Prozent

Ist das aufs Jahr hochgerechnete Bruttoinlandsprodukt von Japan im vierten Quartal 2016 angestiegen. Experten hätten mit einem Wachstum von 1,6 Prozent gerechnet *Reuters*